

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verteiler, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Vorauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung u.ä. ersucht jeder Abnehmer um Mitteilung bezgl. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einfach Umhängeblätter, Scherzblätter und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesohalle.

Nr. 72.

Donnerstag, den 16. Juni 1932.

35. Jahrg.

Die Finanz-Notverordnung unterzeichnet.

Berlin, 15. Juni. Der Reichspräsident v. Hindenburg hat gestern nachmittag die erste Notverordnung der Regierung v. Papen unterzeichnet.

Welche Lasten bringt die neue Notverordnung?

Wir bringen im folgenden eine ganz kurze Übersicht über die neuen Belastungen, die in der jüngsten Notverordnung vorgehoben sind.

1. Rentenführungen.

Die laufenden Sozialen und Angestelltenrenten werden ab 1. Juli um 6 Mark monatlich, die Witwenrenten um 5 Mark und die Waisenrenten um 4 Mark geführt. Bei neuen Renten wird der Grundbetrag um monatlich 7 Mark für Kinderzuschuß um 2,50 Mark. Die Witwenrente wird von sechs Zehntel auf fünf Zehntel und die Waisenrente von fünf auf vier Zehntel herabgesetzt.
Die Unfallrenten werden um 7/8 bis zu 15 Prozent gekürzt.

Die Renten der kriegsbeschädigten werden so geführt wie bisher schon die Renten der kriegsbeschädigten mit Kindern. Die Kinderzulagen und Waisenrenten werden grundsätzlich — mit gewissen Ausnahmen — nur noch bis zum 15. Lebensjahr des Kindes gewährt.

2. Die neuen Steuern.

Alle Lohn- und Gehaltsempfänger, alle Beamten und Pensionäre müssen eine Sonderabgabe für die Arbeitslosenhilfe bezahlen. Das ist die sogenannte Beschäftigtensteuer. Die Abgabe wird vom 1. Juli ab erhoben und soll vorläufig bis zum Mai 1933 bleiben. Die Abgabe wird vom Bruttoeinkommen errechnet, wie bisher die Kriekensteuer.

Bei den Lohn- und Gehaltsempfängern beträgt diese Abgabe vom Monatseinkommen gerundet:

bis 125 Mark	1,5 Prozent,
bis 300 Mark	2,5 Prozent,
von 300 bis 3000 Mark	5,75 Prozent,
über 3000 Mark	6,75 Prozent.

Bei den Einkommen zwischen 300 und 700 Mark werden von den ersten 300 Mark nur 2,5 Prozent erhoben, von den restlichen 400 Mark 5,75 Prozent, die Einkommen von 700 bis 3000 Mark müssen vom Gesamteinkommen 5,75 Prozent bezahlen.

Die bisherige Kriekensteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger fällt ab 1. Juli weg.

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder und der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts müssen als Arbeitslosenabgabe ein einhalb Prozent ihres Einkommens bezahlen.

Der Einzug dieser Steuer erfolgt bei den Versicherungsanstalten durch die Krankenkassen, bei den übrigen Lohn- und Gehaltsempfängern durch Einbehaltung des Betrages durch den Arbeitgeber.

Die Kriekensteuer der veranlagungspflichtigen Steuerzahler, also der selbständigen Persönlichkeiten in Handwerk, Handel und Gewerbe und in den freien Berufen bleibt bestehen, und weiterhin wird außer der für Oktober dieses Jahres vorgezeichneten Rate im Januar 1933 noch eine neue Rate Kriekensteuer erhoben.

Die Bürgersteuer in den Ländern darf im Laufe dieses Etatsjahres nicht höher vorgehoben werden, sie darf erst wieder im nächsten Jahr erhoben werden.

3. Kürzung der Unterführungen.

In der Arbeitslosenversicherung werden die Unterführungsätze um durchschnittlich 28 Prozent gekürzt und nach sechsmonatiger Unterführungsruhe wird die Bedürftigkeit geprüft. Sechs Wochen lang wird also die Unterführung ohne Prüfung der Bedürftigkeit gewährt.

In der Kriekenfürsorge wird künftig die Bedürftigkeit von Anfang an geprüft, außerdem werden die Leistungen um 10 Prozent gekürzt. Die Kriekenunterstützung darf künftig nicht mehr höher sein als die Wohlfahrtsunterstützung.

In der Wohlfahrtsunterstützung werden die Leistungen um durchschnittlich 15 Prozent gekürzt.

Weitere Belastungen.

Von jedem Kilogramm Salz wird eine Abgabe von 12 Pfennig erhoben.

Zur Vertreibung rückständiger Kirchensteuern wird das gesamte Einkommen als pflandbar erklärt.

Im übrigen wird der nicht pflandbare Einkommensteuerteil von 195 auf 165 Mark im Monat herabgesetzt. 165 Mark Monatsentommen bleiben also auf jeden Fall vom Zugriff des Gerichtsvollziehers frei. Bisher waren es 195 Mark.

Aufhebung der 5000-Mark-Freizgrenze in der Umsatzsteuer. Es sind also auch alle Betriebe mit unter 5000 Mark Jahresumsatz umsatzsteuerpflichtig. Das bringt besonders für die Landwirtschaft und für das Handwerk neue Belastungen.

Sonstige Bestimmungen.

Zur Vereinfachung im Gerichtswesen wird bestimmt, daß künftig in Strafsachen gegen ein Urteil des Amtsrichters oder des Schöffengerichts nur noch eine weitere Instanz angerufen werden kann, nicht mehr wie bisher zwei.

Die einseitige Einkinkung der Zwangsversteigerung, die bisher nur einmal auf die Dauer von sechs Monaten möglich war, kann künftig auf ein weiteres halbes Jahr verlängert werden.

Die Rechnung des Reichsfinanzministers.

Zur Begründung der schweren Belastungen, die die neue Reichsregierung mit ihrer Notverordnung dem Volke zuzumutet, hat der Reichsfinanzminister vor der Presse über die Lage der Reichsfinanzen gesprochen. Er betonte dabei, die neue Belastung sei hauptsächlich erforderlich, um den Gemeinden und den Sozialversicherungen die Mittel zur Auszahlung ihrer Unterführungen zu sichern. Von den 6000 Millionen Ausgaben des Reichs entfallen rund ein Viertel auf soziale Zwecke, genau 1384 Millionen Mark. Bei ihrer Ausgabe- und Einnahmendeckung gibt die Reichsregierung von der Annahme aus, daß sie im laufenden Jahr mit einer Durchschnittsausgabe von rund 6 Millionen Arbeitslosen rechnen muß.

Nach den bisherigen Unterführungsätzen wären zum Unterhalt dieser 6 Millionen und 3500 Millionen M. i. J. notwendig gewesen. Nach der Rechnung des Reichsfinanzministers sei es aber nicht möglich, mehr als 3000 Millionen für diese Zwecke zusammenzubringen; im letzten Jahr wurden rund 3000 Millionen für Unterführungen ausbezahlt. Es sei nicht möglich, nach der allgemeinen Verschlechterung der Lage, im Jahr 1932 mehr auszubringen als 1931. Es müssen also 300 Millionen eingespart werden. Dies geschieht durch die Kürzung der Unterführungsätze. Die noch verbleibenden 3000 Millionen werden aufgebracht einmal durch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (1083 Millionen), dann durch die Zuschüsse der Gemeinden (680 Millionen), und durch einen Zuschuß aus der Reichskasse in Höhe von 867 Millionen. Die nun noch fehlenden 400 Millionen Mark sollen durch die Beschäftigtensteuer herangezogen werden.

Die Notverordnung fordert von den Gemeinden eine härtere Sparmaßnahme in den Ausgaben und unterlegt den Ländern, die Gemeinden ihrerseits irgendwie neu zu belasten. Zur Begründung der Neubelastung in der Umsatzsteuer er sagt der Reichsfinanzminister, es hätte sich gezeigt, daß sehr viele Betriebe ihre Umsatzaufstellung bisher so einteilen, daß sie innerhalb der Freizgrenze bleiben. Dadurch seien der Reichskasse etwa 120 bis 150 Millionen verlorengegangen. Diese Summe will der Reichsfinanzminister durch die Aufhebung der Freizgrenze hereinholen.

Die Politische Notverordnung unterzeichnet

Reichspräsident von Hindenburg hat gestern die politische Notverordnung der Regierung von Papen unterzeichnet, durch die das von Groener ausgesprochene Verbot der S. A. aufgehoben wird. Die Verordnung enthält auch Bestimmungen, die sich gegen das Uniformverbot richten. Die Verordnung wird heute veröffentlicht werden und erscheint im Reichsgeheblblatt; am morgigen Freitag tritt sie in Kraft.

Keine neuen Steuern mehr!

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der neuen Notverordnung hat die Reichsregierung eine Aushöhlung an das deutsche Volk gerichtet, in der u. a. gesagt wird:

Die Reichsregierung hat bei ihrem Amtsantritt den Willen bekundet, die soziale, finanzielle und wirtschaftliche Not Deutschlands durch organische neue aufbauende Maßnahmen zu bekämpfen. Die Bilanz, die die Regierung vorgelegt hat, zeigt sie, als ersten Schritt vor Zunaufnahme ihres eigentlichen Programms die Anfertigung von Reich, Ländern und Gemeinden vorläufig zu sichern und die sozialen Verhältnisse vor dem katastrophalen Zusammenbruch zu retten. Werden diese notwendigen und unauflösbaren Voraussetzungen nicht erfüllt, so sind alle weiteren Maßnahmen von Anfang an in Frage gestellt.

Für die ersten Notmaßnahmen hat die Regierung an die Vorbereitungen antizipieren müssen, die schon das vorige Kabinett getroffen hatte. Da diese Maßnahmen jedoch nicht ausreichten, die Kassen und Finanzen zu sichern, ist die Reichsregierung gezwungen, über die Finanzlage nachzudenken. Es sind infolgedessen weitere Abträge im Reichshaushalt sowie in allen öffentlichen Ausgaben beschlossen worden. Es muß von der Ausgabe Seite her verfußt werden, eine Gesundung der Kassen-Finanzlage herbeizuführen. Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß Steuererhöhungen nicht zur Verbesserung, sondern zur Verschlechterung der Einnahmen führen. Es bleibt eine der wichtigsten Aufgaben, den gesamten Verwaltungsbereich Deutschlands weiter zu verbilligen. Das bringt zwingend scharfe Einschränkungen auf dem Gebiet der Sozialversicherungen mit sich, deren Ergebnis auf dem Ziele liegt. Es ist eine schicksalhafte Entwicklung, daß es heute nach einem halben Jahrhundert seit Befehlen der sozialen Gesetzgebung nicht mehr die Höhe der sozialen Leistungen geht, sondern um ihre Kürzung. Wenn die Reichsregierung heute zunächst den dringenden Erfordernissen der Stunde nachkommt, so betont sie, daß sie nicht die Absicht hat, den Weg einer Erfreichung neuer Einnahmequellen in Zukunft weiter zu beschreiten. Ihr Ziel ist, die deutsche Wirtschaft verunfänglich durch Ausgestaltung künftiger Experimente neu zu befruchten. Sie wird deshalb mit den auswärtigen Regierungen eine neue Übung der Wirtschaftspolitik suchen. Darüber hinaus hält es die Regierung angehtlich der großen Wirtschaftslage in Deutschland für ihre Pflicht, die wirtschaftlichen Kräfte des eigenen Landes zu mobilisieren und für die Verwertung der dringenden Arbeitskräfte nutzbar zu machen.

Die Regierung wird alles daransetzen, um neben der Pflege des Arbeitsausstufens der Länder untereinander durch eine zielbewußte Binnenmarktpolitik, insbesondere unter Zuhilfenahme des Arbeitsdienstes die deutsche Wirtschaft einer Gesundung entgegenzuführen. Der Wille des deutschen Volkes, von der Geißel der Arbeitslosigkeit erlöst zu werden und die Hoffnung werden von der Reichsregierung als eine für die Zukunft der Nation entscheidende Aufgabe mit allen Mitteln unterstützt werden.

Das Reichskabinett an das deutsche Volk!

Rundfunkansprache des Reichsinnenministers.

Im Rundfunk sprach als erster Vertreter der Reichsregierung der Reichsinnenminister Freiherr von Golt über die neuartige unmittelbare Rundfunkansprache der Reichsregierung mit den Millionen der Rundfunkhörer einleitende Worte. Der Reichsinnenminister führte etwa folgendes aus:

Liebe deutsche Volksgenossen!
Als Vertreter des zur Kaufmaner Konferenz abgereiften Reichsanfängers habe ich Ihnen über die Benutzung des Rundfunks durch die Reichsregierung folgendes zu sagen: Die neue Reichsregierung legt Wert darauf, ihre Absichten und Handlungen dem deutschen Volk durch Benutzung der neuesten Errichtung des Rundfunks unmittelbar mitzuteilen. Wir fühlen uns verpflichtet, uns auch an die Millionen deutscher Menschen zu wenden, die den Rundfunk in allen Teilen des Vaterlandes hören. Aus diesem Grunde werden wir in Zukunft mehr zu allen sprechen, die uns hören wollen. Sobald es sich ermöglicht, werden nacheinander die Reichsminister persönlich zu Worte kommen.

Wir sollen und werden keine Partei- und Wahlfäden halten, denn wir sind alle aneinander gebunden durch den Eintritt unseres Amtes geworden. Das ist das Neue an unseren Kandidatenanfragen, daß wir nicht als Partei-rechner für eine Regierungsmehrheit und ihre einzelnen Gruppen, für keinen Verzicht und keine Klasse das Wort ergreifen, sondern einzig und allein als die Reichs-minister, welche das Vertrauen unseres allerbreiten Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg auf ihren schweren Posten berufen hat. Wir werden bei unseren Reden niemandem schmeicheln und niemandem etwas versprechen, sondern die Dinge so darlegen, wie sie von uns als richtig erkannt sind.

Die Not unseres Volkes ist so groß geworden, daß wir ihm nichts vormachen, sondern ihm pflichtgemäß die bittere Wahrheit sagen müssen, gleichviel, ob sie gern gehört wird oder nicht. Wir halten unser deutsches Volk für mündig und reif genug, die Wahrheit zu hören und zu verstehen. Wir wissen auch, daß wir mit frohem Herzen harte Maßnahmen treffen müssen, um die Währungs- und Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden und um die Leistungsfähigkeit der Sozialversicherung aufrechtzuerhalten. Was würde werden, wenn wir das nicht zurecht tun würden?

Wir werden in den nächsten Tagen auch einfachere und mildere Bestimmungen herausbringen, welche die Verstärkung politischer Ausfreiungen. Über diese und später kommende Maßnahmen der Reichsregierung werden wir hinfür durch den Rundfunk

unmittelbar zum deutschen Volk sprechen, damit es weiß, woran es ist, und weil es ein Recht hat, uns zu hören. Der Reichsarbeitsminister wird nach meinen einleitenden Worten heute den Anfang machen. Morgen um die gleiche Stunde wird der Vertreter des nach Kaufmann gestrichelten Reichsfinanzministers über die neue Steuerordnung sprechen, und am Freitag werde ich als Reichsfinanzminister über die Verordnung zur Verstärkung politischer Ausfreiungen reden.

Es braucht niemand zu fürchten, daß wir alle Tage reden und unsere Mitbürger die Abendruhe verderben wollen. Wir werden nur dann sprechen, wenn wir etwas Neues und für alle Wichtiges zu sagen haben. Unsere Aufgabe ist nicht Reden, sondern Arbeiten und Handeln auf dem uns anvertrauten Posten in ausgleichender Gerechtigkeit und erfüllt von Liebe für unser ganzes Volk und für jeden in ihm.

Über den sozialen Inhalt der Notverordnung.

Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer sprach über den sozialen Inhalt der Notverordnung. Er führt u. a. folgendes aus: Zeit langem sind die Gefahren und die Mängel in der Sozialversicherung bekannt. Die Gefahren kommen zunächst von den wachsenden Beitragsverlusten. In der Sozialversicherung werden 1932 die Einnahmen aus den Beiträgen um 40 Prozent geringer sein als 1929. In der Rentenversicherung der Beamten und die Beitrags-einnahmen im Verhältnis zu 1929 liegen um 60 Prozent zurückgegangen. Die Verluste kommen aus dem gemeinsamen Niedergang der Wirtschaft. Zu den Beitragsverlusten kommt eine gefährliche Minderwirkung aus einem Teile der Versicherungseinkünfte in den Jahren 1925—1929.

Die Gesamtheit der Verluste für die Sozialversicherung der Renten gegen, wegen für die Zeit der Hochkonjunktur gelten, sie passen aber nicht in die Zeit der Tiefkonjunktur.

Wenn Wiederanbahn der Sozialversicherung nach der Anstellung habe die Versicherungseinkünfte die Leistungen in einem Maße aufzuheben, das die Arbeiter ihren gesamten Wirtschaft überläßt. Die Maßnahmen, die die Notverordnung trifft, haben gerade den Zweck, dem deutschen Volk das vor fünfzig Jahren begründete Versicherungswesen zu erhalten. Die Versicherten werden für ihre Beiträge zwar einen geringeren Nutzen, diesen aber sicher haben.

Vorschläge über die Arbeitslosenhilfe. Die Arbeitslosenfrage ist nicht ein Widerspruch auf der deutschen Wirtschaft; die Frage, wie der Lebensunterhalt der Arbeitslosen sichergestellt werden kann, gehört zu den dringlichsten Sorgen der deutschen Regierung. Freilich muß man sich darüber klar sein, daß es nicht möglich ist, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen den vollständigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung eine entscheidende Wendung zu geben. Nach der Ermüdung, die die Dinge genommen haben, muß man damit rechnen, daß das Haushaltsjahr 1932 eine wesentlich höhere Durchschnittszahl der Arbeitslosigkeit bringen wird als 1931. Die Regierung hat eine Durchschnittszahl von annähernd 6 Millionen Arbeitslosen für das Jahr 1932 ihren Berechnungen zugrundegelegt. Die Reichsregierung hat versucht, einen gerechten Ausgleich zwischen den neuen finanziellen Belastungen und den Entlastungen zu finden. Die neuen Sätze, die sich an der Arbeitslosenversicherung und in der Arbeitslosenfrage ergeben, sind in beiden Zweigen der Arbeitslosenhilfe die gleichen. Das bedeutet eine weitgehende Vereinheitlichung der Verhältnisse.

Zur Durchführung einer gesunden Sozialpolitik bedarf es namentlich auch einer aktiven Mitwirkung der Gewerkschaften. Ich werde mich bemühen, namentlich auch die Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeiterschaft zu fördern und zu pflegen.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Im Zusammenhang mit der neuen Notverordnung wird von zuständigen Stelle darauf hingewiesen, daß auf dem Gebiete des Straßenbaues, des Wasser-tarifenbaues und der Meliorationen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Gesamtwert von 135 Millionen vorgesehen sind. Hieron entfallen auf Straßenbauarbeiten 60 Millionen, auf den Bau von Wasserstraßen 50 Millionen und für Meliorationen 25 Millionen. Die Finanzierung dieses Betrages ist so bedacht, daß die Unternehmung auf die Deutsche Gesellschaft für Arbeitsbeschaffung, in der von ihnen gewöhnlich Sätze Wechsel ziehen können, die von der Reichsbank diskontiert werden können. Das Reich hat die Ermüdung erbalten, die Mithilfe für diese Summen zu übernehmen. Man hofft, mit Hilfe der obengenannten Maßnahmen Arbeit für 400 000 Tagewerke zu schaffen.

Das Reichsgesetz Nr. 35 vom 15. Juni bringt die beiden Verordnungen des Reichspräsidenten über Arbeitslosenhilfe usw. und über die Maßnahmen auf dem Gebiete der Reichspflege und Verwaltung.

Die Lausanner Konferenz eröffnet.

Die Lausanner Tributkonferenz hat am Mittwoch um 17 Uhr mit einer Gefeuerpredigung begonnen, an der Reichsminister von Papen, Außenminister von Neurath, Lebonald, Herriot, Grandi, der belgische Ministerpräsident Renkin und der japanische Botschafter in Nom, Yoshida, teilnahmen. Nach amtlicher Mitteilung werden an der Lausanner Konferenz

18 Mächte teil, und zwar: Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien, Japan, Rumänien, Tschechoslowakei, Estland, Ungarn, Griechenland, Polen, Portugal, Canada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Bulgarien. Die österreichische Delegation ist nicht eingeladen, da auf der Saoner Konferenz bereits die österreichischen Reparationen endgültig geregelt worden sind. Die Sitzungen der Konferenz finden in dem altertümlichen Chateau d'Aschall statt. Die technischen Vorbereitungen der Lausanner Konferenz sind bis ins kleinste mit großer Sorgfalt getroffen.

Wegen der Ermordung des Sowjetkommisars Wotrowski auf der Lausanner Konferenz im Jahre 1923 sind die Kontrollmaßnahmen ungewöhnlich streng. Für die internationale Presse sind in einer großen gedeckten Glashalle im Chateau d'Aschall alle zweitägigen Vorträge getroffen.

Macdonald ist als Präsident der Konferenz ansersehen. Die ursprünglich getroffene Vereinbarung, nach der Reichsminister von Papen, Herriot und Grandi Reden halten sollten, ist nicht angenommen worden, da politische Erklärungen in der öffentlichen Eröffnungsansprache nicht für zweckmäßig erklärt wurden. Die Eröffnungsansprache wird somit einen politisch bedeutungslosen Charakter tragen. Generalsekretär der Konferenz ist Sir Maurice Hankey, der Generalsekretär der beiden Saoner Konferenzen.

Die deutschen Abrüstungsvorschläge.

Entsprechend den Entwaffnungsbestimmungen von Versailles. Der von der deutschen Abordnung dem Präsidium der Abrüstungskonferenz eingereichte Vorschlag über die quantitative Abrüstung fordert entsprechend den Entwaffnungsbestimmungen des Artikels 19 des Versailler Vertrags, daß die Höchstanzahl sämtlicher Kanon, Panzerartillerie, Geschütze in einer Grenzkategorie von 15 Kilometer, des Artilleriematerials über 100 Millimeter, von Panzerjügen, Großkanonenschiffen über 10 000 Tonnen, Flugzeugträger, U-Boote, automatische Wägen, sämtlicher Militärflugzeuge, sämtlicher chemischen und bakteriologischen Kriegswaffen. Der deutsche Vorschlag stellt eine Zusammenfassung der von der deutschen Abordnung in den großen technischen Ausschüssen in den letzten Monaten eingebrachten Einzelvorschläge dar und fordert, daß die quantitative Abrüstung unmittelbar auf der Grundlage der deutschen Vorschläge in Angriff genommen wird.

Mitte nächster Woche schon Schluss?

In Pariser politischen Kreisen glaubt man versichern zu können, daß die Lausanner Konferenz nur wenige Tage dauern werde. Möglicherweise würden die Hauptvertreter der beteiligten Staaten schon am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche über Genf zurückkehren können, während die Sachverständigen ihre Arbeiten fortsetzen würden. Die Lausanner Konferenz habe nach Lage der Dinge allen Anschein nach nur die Aufgabe, die Verklarung des Morgens in Paris zu bekräftigen oder bis zum 15. Dezember zu bekräftigen, 2. einen Studienauschuss einzusetzen, der die Endlösung in bezug auf die Reparations- und Schuldfrage vorzubereiten habe.

Der technische Studienauschuss werde einen Plan ausarbeiten, den der Vertretern der beteiligten Mächte im Oktober entweder in London oder in Lausanne zur Prüfung vorzulegen soll. Diese zweite Konferenz werde die Aufgabe haben, den Sachverständigenplan in ein allgemeines diplomatisches Abkommen umzuwandeln.

Das neue Amnestiegesetz.

(6. Sitzung.) Berlin, 15. Juni. Der Preussische Landtag trat bei vollbesetzter Tribüne zu einer kurzen Tagung zusammen. Das Haus beschäftigte sich mit einer Reihe von Ansuchen. Nach Annahme eines Hilfsprogramms für die Strafgefangenen, die Verbot für Auslandsreisen von Hülfsgefangenen, schritt das Haus zu

Abstimmungen.

Zunächst wird die namentliche Abstimmung über den Antrag der Kommunisten wiederholt, die in der letzten Sitzung des Landtages zur Beschlußfähigkeit des Hauses geführt hatte. In dem Antrag wird die Staatsregierung ersucht, auf die Reichsregierung einzutreten,

die Anstellungen aus dem Young-Plan und die Zins- und Tilgungsabgaben aus der Dawes-Anleihe einzustellen, die Reichsnotverordnungen aufzuheben und alle Sätze zu bekräftigen.

Es werden nur 205 Karten abgegeben. Das Haus ist also wiederum beschlußunfähig. Präsident Herz beantragt auf sofort eine neue Sitzung mit dem Rest der Tagesordnung.

In der neuen Sitzung werden die Abstimmungen fortgesetzt. Es folgt die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Annulierung der

Abstimmungsverträge mit den Fürstentümern, insbesondere den Soborjellen, und Landesverneinung des Kronprinzen und des Prinzen Wenzel. Sämtlichen von Preußen für die Überweisung des Antrages an den Hauptausschuss stimmten nur Sozialdemokraten und Zentrum. Bei der Abstimmung über den Antrag selbst stimmten nur die Kommunisten für den Antrag, der Antrag ist also abgelehnt.

Der kommunistische Antrag über ein Verbot des Einsetzens der Polizei bei Streiks wird mit dem Entzagen der Nationalsozialisten sowie einiger Sozialdemokraten, darunter auch des Abg. Severing, angenommen.

Mit dem Entzagen der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten findet der kommunistische Antrag Annahme, die Reichsregierung zu erlösen, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu vollziehen, und das preussische Staatsministerium aufzulösen, sofort alle Versammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel wieder zuzulassen.

Bei der Abstimmung über den weiteren Antrag der Kommunisten, der Landtag fordere den

fortigen Rücktritt der Reichsregierung

erzählt sich erneut die Beschlußfähigkeit des Hauses, da nur 177 Karten abgegeben wurden. Die Nationalsozialisten beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten mit Ja, die Deutschnationalen mit Nein.

In der auf sofort anberaumten neuen Sitzung wird mit 241 Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten der nationalsozialistische Antrag angenommen, nämlich der Vorschlag beim

Auftrag der Stagerant-Wache den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski sofort zu entlassen, der Polizeikommandant Seimanski über ein Disziplinärgericht zu stellen sowie die schuldigen Offiziere ihres Dienstes zu entziehen.

Aber den nationalsozialistischen Antrag auf Erhebung der Anklage gegen die preussischen Staatsminister,

die der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei angehören, vor dem Staatsgerichtshof wird ebenfalls namentlich abgelehnt. Für die Annahme des Antrages ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Abgegeben werden aber 399 gültige Stimmen, davon 195 für und 204 gegen den Antrag. Die Kommunisten stimmten dagegen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des vom Reichsausschuss beschlossenen

Amnestiegesetzentwurfes.

der im wesentlichen auf einen nationalsozialistischen Antrag zurückgeht. — Auf der Sitzung nimmt Justizminister Dr. Schmidt Platz. Hierauf nimmt

Justizminister Dr. Schmidt

das Wort. In erster Linie muß ich, so führt der Minister aus, einträglich warnen vor einer allzu weitgehenden Ausdehnung der Amnestie. Die bisherigen Amnestiegesetze des Reiches und Preußens haben bis auf einen besonders glänzenden Fall im Reichstag davon abgesehen, Straftaten für die schwersten Verbrechen, wie schwere Körperverletzung, schwere Fälle von Raub und Verbrechen gegen das Leben zu gewähren. Die Amnestierung so schwerer Straftaten kann nicht geeignet sein, der Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung sowie des Ansehens des Staates zu dienen. Ich kann die ernste Sorge nicht unterdrücken, daß die Amnestierung der Straftatenbestimmungen ausstellen muß, die in einer Reihe von der Regierung zur Milderung des Lebens des politischen Gegners in Betrachtung kommen. Ich halte es für unbedenklich und geradezu einen Anreiz für die Begabung weiterer gleichartiger Straftaten bilden kann. Ingeheim würden unter das Amnestiegesetz in seiner gegenwärtigen Form annähernd 30 000 Verurteilten fallen. Unter diesen Verurteilten oder Beschuldigten befinden sich, was besonders hervorheben will, 525 Personen, die wegen Mordes oder Verfalls verurteilt sind oder verurteilt werden, ferner 79 Personen, die wegen schwerer Körperverletzung, und 15 Personen, die wegen schweren Raubes sich strafbar gemacht haben.

Präsidentenwahl am 22. Juni.

Der Ausschuss des Preussischen Landtages beschloß, die Wahl des neuen Ministerpräsidenten in der Sitzung am 22. Juni vornehmen zu lassen. Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum haben in dieser Frage, wie erklärt wird, auf jetzt noch nicht stattgefunden.

Justizminister Dr. Schmidt weist schließlich darauf hin, daß im Sinne der preussischen Verfassung das Staatsministerium nach eigenem pflichtmäßigem Ermessen und mit eigener Verantwortung, die ihm auch der Landtag nicht annehmen könne, über die Gerändrung von Amnestien zu entscheiden habe.

Abg. Wink (Nat.-Soz.) erklärt, die Bedeutung des Amnestiegesetzes gegen die Amnestie liegt nicht in der Höhe. Wir stehen an der Schwelle einer neuen Epoche, wir fordern auch, daß die Amnestie sich auf Straftaten erstrecke, die aus Not heraus begangen worden sind. Unzählige wären Straftaten, die mit besonderer Hölle begangen wurden. Es sei eine Pflicht gegenüber den Verurteilten, diese Amnestie

Abg. Kuttner (Zent.) betont, daß es sich nach seiner Auffassung nicht um eine Reichsfrage handle, es lege ein politischer Zweckmäßigkeitsmaßstab zwischen den extremen Parteien vor, die die gegenwärtige Konstellation, daß sie gemeinschaftlich die Amnestie haben, auszuheben. Erinnert er sich an den Nationalsozialisten und dem Zentrum haben in dieser Frage, wie erklärt wird, auf jetzt noch nicht stattgefunden.

Abg. Gremer (Zent.) äußert auch im Namen seiner Parteifreunde schwere Bedenken gegen die Amnestie, dieses Gesetz melere die Rechtsunsicherheit und die Selbstautorität, zugleich es Straftaten auf Vorhand gewährt.

Die größten Bedenken habe das Zentrum gegen die Aufnahme von Mord und Verfall in die Amnestie. Die Vorlage müßte sich Beschränkung auf Straftaten, die aus Not heraus begangen worden sind, (Zusammenhang in der Mithilfe) Würde dieser Entwurf zum Gesetz, so würde Preußen aufgehört haben, ein Rechtsstaat zu sein.

Nachdem noch der kommunistische Abg. Steinhilber sich in heftigen Angriffen gegen Kuttner ergeht, wird die Sitzung um 19 Uhr abgebrochen.

Nächste Sitzung am Donnerstag; Fortsetzung der Anträge.

Lärm im Anhaltischen Landtag.

In der Sitzung des Anhaltischen Landtages erklärte Ministerpräsident Freyberg in Antwortung einer Anfrage der Nationalsozialisten, daß das Staatsministerium beschloßen habe, der gesamten sozialdemokratischen Presse des Landes Anhalt wegen ihrer feindseligen Haltung gegenüber der Reichs- und Staatsregierung die Amtsbefugnisse zu entziehen.

Die Nationalsozialisten erklärten, daß sie sich nicht an dem Verbot der Parteipresse in Anhalt teilhaben wollten. Es kam zu einer heftigen Debatte, die schließlich in Verhinderung der Parteipresse in Anhalt und der Parteipresse in Anhalt endete.

Im weiteren Verlauf kam es zu einer sehr erregten Szene, als der sozialdemokratische Abgeordnete Kottitz erklärte, in den Reihen der Nationalsozialisten lägen Sozialisten von Vorkriegern. Der Nationalsozialistenführer der Nationalsozialisten, Kottitz, sprach erregt auf und rief dem Sozialdemokraten entgegen, Unverschämter! Kottitz, die Fraktion der Nationalsozialisten habe sich zum Rednerpult und eine Forderung abzugeben, als ob es zu Tätlichkeiten kommen sollte.

Der Abgeordnete Kottitz unterbrach die Sitzung und erzielte nach Wiederanbahn der Verhandlung sowohl dem Abgeordneten Kottitz wie auch dem Abgeordneten Kottitz einen Dorn in das Auge. Die Sozialdemokraten erklärten darauf demontiert den Sitzungssaal und blieben bis zum Schluß der Verhandlungen fern.

Rein nationalsozialistische Regierung in Odenburg.

Dieser Tage haben zwischen den Deutschnationalen und der NSDAP Verhandlungen stattgefunden hinsichtlich der Regierungsbildung. Zwischen den beiden Parteien konnte eine Einmütigkeit nicht erzielt werden, so daß die Nationalsozialisten die Regierung allein bilden werden. Es wurde beschlossen, einen Ministerposten einzuparieren, so daß Odenburg dann in Zukunft fast bisher drei nur zwei Minister hätte.

Keine Verlängerung der Bürgersteuer.

Wie von zufälliger Stelle mitgeteilt wird, wird die Bürgersteuer, deren letzte Rate Ende Juni fällig ist, nicht verlängert. Die Gemeinderäte hatten die Reichsregierung um die Ermächtigung gebeten, die Bürgersteuer in der bisherigen Form weitere sechs Monate lang zu erheben. Die Reichsregierung hat sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß die Gemeinderäte durch den ihnen gemäß der neuen Verordnungsgebung vom Reich zuzuführenden Betrag von 670 Millionen Mark fast 230 Millionen Mark im Vorjahre in ihren Haushaltsrechnungen eine betragsmäßige Entlastung erfahren, daß sie ohne die Bürgersteuer auskommen müssen.

Ein unerwünschter Besuch.

Danziger Schritt beim Grafen Savina wegen des politischen Bekenners „Wider“.

Das polnische Kriegsschiff „Wider“ hat, nachdem die Regierung der Freien Stadt Danzig die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, die bei der Regelung polnisch-Danziger Streitfragen vorgehen sind, den Danziger Hafen verlassen.

Siezu ist zu bemerken, daß die Freie Stadt Danzig sich auf Grund des Artikels 39 des Pariser Abkommens vom 9. November 1920 an den hohen Kommissar des Völkerbundes Grafen Savina um eine Entscheidung in der Angelegenheit des Einlaufens des polnischen Kriegsschiffes „Wider“ gewandt hat. Der Artikel 39 des Pariser Abkommens bestimmt, daß jede Danzig-polnische Streitfrage dem hohen Kommissar zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Einer Entscheidung ist das polnische Kriegsschiff dadurch vorgekommen, daß es den Danziger Hafen früher verlassen hat. Weiterhin bleibt jedoch die Provokation Polens gegenüber Danzig, die zweifellos noch ein diplomatisches Nachspiel haben dürfte.

Hoover wieder Präsidentschaftskandidat?

Die Tagung der Republikanischen Partei in Chicago eröffnet.

In Chicago wurde der republikanische Parteitag von dem Vorsitzenden Karl Senator J. F. Dickinson aus Iowa, eröffnet. Die Tagung wird in den nächsten Tagen den Präsidentschaftskandidaten der Republikaner auflisten. Ferner soll das Wahlprogramm ausgearbeitet werden.

Die Sitzungen finden im neuen Stadion statt, das am Sonntag und Montag von Hunderttausenden besucht wurde. Gegen 100 Vertreter sind erschienen. 2000 Flagen sind geflattert. Zur Bewältigung des großen Vorkommens sind außerdem 425 Fernsprecheranlagen eingebaut worden. Das Weltereignis ist durch zwei direkte Kabel mit der Tagung verbunden worden. Präsident Hoover hält mit der Parteileitung über zwei persönliche Sekretäre, die er ernannt hat, ständig Verbindung. Die Tagung wurde mit dem üblichen Gebet begonnen.

Sodann nahm Dickinson das Wort zu einer langen Rede, in der er die Regierungsmaßnahmen besonders das Hoover-Memorandum, das Deutschland und die ganze Welt vor dem Finanzchaos bewahrt habe. Auffallend ist, daß Dickinson die Prohibitionsfrage, obwohl ihrerwegen die schärfsten Stämpfe erwartet werden, mit seinem Wort erwähnte. Hoovers Wiederaufstellung als Präsidentschaftskandidat ist höchstwahrscheinlich.

Als Antwort für die Vizepräsidentschaft werden sowohl der gegenwärtige Vizepräsident Curtis als auch Coolidge, John Davison Rockefeller und Dawes genannt. Es heißt, daß Dawes die größte Aussicht hat. Die Entscheidung des Parteikongresses ist aber noch ungewiß. Als Vertreter der Regierung nehmen Simpson und Mils an der Tagung teil.

Amerika und die Moratorienpläne.

Wie aus dem Washingtoner Staatsdepartement verlautet, sieht die Regierung der Vereinigten Staaten den europäischen Meldungen über den Plan eines fünf- oder zehnjährigen Abstrichs, und politischen Moratoriums föh gegenüber. Ein amtlicher Vorschlag ist jedoch in Washington noch nicht eingetroffen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten lehne einen Abstrich in einem Abstrichgesetz ab, da ein solcher für die Landwirte notwendig sei als für den Flottenbau. Im übrigen sei die Frage der Landstrichungen der europäischen Staaten das Hauptbindnis für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts.

Soziales und Provinziales.

Rundfunkübertragungen von Musikstücken sind tantiemenfrei auch bei Lautsprecher-Abnahme zu gewerblichen Zwecken. Der 1. Zivilsenat des Reichsgerichts hat eine alte Streitfrage endgültig und rechtskräftig entschieden: Die Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte hatte sich auf den Standpunkt gestellt, der Inhaber eines Gaststättenbetriebes (Gastwirts) Art, der die vom Sender dargebotene Rundfunkunterhaltungs- oder Tanzmusik über den Lautsprecher zur Unterhaltung seiner Gäste in seiner Gaststätte wiedergibt, sei dem Tonleger tantienempflichtig. Die Gastwirte hatten das bestritten. Das Kammergericht Berlin hatte dahin entschieden, daß irgendein Tantiemenanspruch in diesem Falle nicht bestehe. Gegen diese Entscheidung hat die Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte Revision beim Reichsgericht eingelegt; diese Revision hat der 1. Zivilsenat am 11. Juni zurückgewiesen.

Annaburg. Das diesjährige Schützenfest hat nunmehr sein endgültiges Ende gefunden. Der Dienstgagend vereinigte, wie bereits angeführt, nochmals die Schützen mit ihren Angehörigen im Zelte des Herrn Däumichen, um den traditionellen Königssball und somit das Ende des Festes zu begehen. Zur Ergänzung des Abends begrüßte der 1. Vorsitzende, Herr C. Kleinberg, die anwesenden Damen und vor allem den neuen König, Herrn Glasermeister Paul Bornmann, Mähenströge, worauf der Ball seinen Anfang nahm und in voller Harmonie verlief. Erst in den frühesten Morgenstunden trennte man sich, wobei der König nochmals mit allen Ehren (Musikappell und Begleitung) fast sämtlicher Teilnehmer des Balles nach Hause geleitet wurde. Der Abend dürfte, wegen seines glänzenden und originalen Verlaufes, noch lange in der Erinnerung aller Beteiligten bleiben.

Annaburg. (Vojauernmissionsabend.) Am Sonnabend den 18. Juni abends 8 Uhr findet in der Kirche hierelbst eine musikalische Festerstunde statt, ausgeführt von dem bekannten Leipziger Vojauernquartett. Dasselbe ist auch bereit, gegen Abend vom Turm unserer Kirche zu blasen. Das Vojauernquartett der Leipziger Vojauernmission fährt überall umher, um die Gemeinden durch ihre Klänge zu erfreuen, und ihnen rechte Festerstunden zu bereiten. Die Leipziger Vojauernmission läßt auch unsere Gemeinde herzlich ein mit dem Ruf: Kommet und höret. Deshalb wird also herzlich gebeten, an dieser Festerstunde recht zahlreich teilzunehmen.

Torgau. Großfeuer brach gestern in der Mitteldeutschen Wagenfabrik von St. Strud aus. Die Fährerei ist vollkommen niedergebrannt. Vor allem ist erheblicher Maschinenfabrikat entstanden.

Falkenberg, 15. Juni. Gestern vormittag kam der Monteur L., welcher allein an einem Schalt der Hochspannungsleitung gearbeitet hatte, dadurch zu Schaden, daß ihm ein Hochspannungsschalter, welcher sich plötzlich vom Mast löste, aus etwa zehn Meter Höhe auf den Kopf fiel. Mit Verletzungen am Kopf und im Gesicht fiel er bis zur Bäderei Rühlschier, wo ihn dann die Kräfte verließen und von wo aus ärztliche Hilfe sofort herbeigeholt wurde.

Mühlberg, 14. Juni. Ein Weingeldstraf den Sohn des Gastwirts Dietrich, als er wegen einer Verletzung bei einem Fechtturnier in Burdorf wolle. Von diesem zu einer Handreichung aufgefordert, kam er derselben schnell nach, gleichzeitig aber auch der Verletzung, welcher ein Messer in der Hand hatte. Damit zer schnitt er dem jungen D. die Finger einer Hand so schwer, daß dieser sofort, nach Anlegung eines Notverbandes durch einen hiesigen Arzt, das Krankenhaus in Torgau aufsuchen mußte.

Seyda, 14. Juni. (Witz der Darlehenskasse wird abgelehnt.) In der Versammlung der Vönblichen Spar- und Darlehenskasse entspann sich unter den anwesenden 31 Genossen eine rege Debatte über die Witz, die schließlich zur Ablehnung führte. Somit konnte auch dem Vorstand keine Entlastung erteilt werden. Der Vorsitzende des Vorstandes legte daraufhin sein Amt nieder. Wegen Eintritts der Polizeistunde mußte die Sitzung dann abgebrochen werden.

Widena (R. Schweinitz). In der hiesigen Gastwirtschaft wurde jetzt innerhalb dreier Jahre zum dritten Male eingebrochen. Die Täter drangen durch eine Fensterhebe in den Saal und erbrachen von hier aus die Tür nach der Gaststube. Dort entwendeten sie Zigarren und Zigaretten, Schokolade und Schokolade in Gesamtwert von über 300 RM. Es wurde eine Spur durch einen Polizeihund aufgenommen, die nun verfolgt wird.

Bad Schmiedeberg, 14. Juni. (Zeiden der Zeit.) Die hiesige Steingutfabrik AG, die bisher etwa 200 Arbeiter beschäftigte und die Auslandsverträge hatte, mußte am Sonnabend 100 Personen der Belegschaft wegen Abgangmangel kündigen. Wie verlautet, dürften weitere Entlassungen, gegebenenfalls eine Stilllegung des Betriebes, erfolgen.

Kemberg. (Unglücksfall.) Als gestern abend der Landwirt Kettel am Graben auf seinem Feld Gras mähen wollte, kam er ins Rutschen und geriet mit dem einen Bein in die Senke, wobei ihm die Wade fast bis ans Knie aufgeschritten wurde. Zum Glück war seine Tochter mit auf

dem Felde, die mit einem Totkenschuß das Bein unterhalb des Knies abbinden konnte wodurch das Blut gestillt wurde. Kettel wurde sofort zu einem Arzt und dann nach dem Krankenhaus in Wittenberg gebracht.

Langenauendorf, 14. Juni. Es ist gewiß keine Seltenheit, daß eine Glucke ihre Kleinen vorzeitig verläßt; daß sich aber ein Haß der schuldlosen Küden annimmt, kommt seltener vor. Bei einem hiesigen Besitzer ist dieser seltene Fall zu beobachten. Der Haß nahm sich der 14 Tage alten Küchlein an und betrat sie gewöhnlich. Hauptächlich des Abends läßt er es sich nicht nehmen, den Küden unter seinen Füßchen ein wärmendes Nachtlager zu bieten.

Cuxh, 14. Juni. Aus Liebesstimmung wollte sich hier ein 24 Jahre alter Bäderehele das Leben nehmen. Er ah zu diesem Zweck — zwei Zigarren. Nach diesem etwas ungewöhnlichen Genuß, stellten sich bei dem Liebesbedürfnis schweren Erbrechen und auch sonstige Erscheinungen von Nitrovergiftungen ein, weshalb das Sanitätsauto der Wittenberger Feuerwehr ihn in das Paul-Gerhard-Stift überführen mußte.

Deßau. (Am Abgeordneten-Mandat ist nichts mehr zu verdienen.) Am anstehenden Landtag hat die NSDAP-Fraktion beantragt, die Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Landtages einschließlich der Reisekosten für Abgeordnete mit dem Wohnort in Deßau auf monatlich RM. 40.—, im übrigen Lande auf monatlich RM. 60.— festzusetzen. Wenn ein Ausländer des Landtages oder der Vönblichenrat tagt, während der Landtag zu einer Vollstundung nicht zusammentritt, erhalten die Mitglieder des Ausschusses und des Vönblichenrates außer der Aufwandsentschädigung ein Tagelohn für jeden Tag ihrer Anwesenheit. Es beträgt für Abgeordnete mit dem Wohnort in Deßau RM. 5.—, im übrigen Lande RM. 7.50. Für jeden Tag, an dem ein Abgeordneter der Vollstundung ferngeblieben ist, wird von der Entschädigung ein Betrag in Höhe des Tagelohnes abgezogen. Lohnausfall kann in Höhe des nachdemigebenen Betrages, jedoch nicht über den Betrag von 10 RM. für den Arbeitstag hinaus ersetzt werden. Der Präsident des Landtages erhält als Aufwandsentschädigung monatlich 80 RM.

Soblenstein. Hier waren in der letzten Zeit wiederholt Grabdenkmäler umgemoren und Gräber verunstaltet worden. Es gelang zunächst nicht des Täters hohhaft zu werden. Nunmehr wurde er in der Person des 10 Jahre alten Pflege Sohnes des Friedhofswärters ermittelt. Der Knabe leidet an einer „pathologischen Verwundungswut“. Davon kann ihn hoffentlich an Stelle teurer Medikamente eine gehörige Tracht Prügel helfen.

Dormersleben. (Für 98 Pfennig das Leben aufs Spiel gesetzt.) Bei dem Würfelspiel einer Artstengruppe ließ sich der Artst August Waldbel aus Egel, genannt der Eifenkönig, von einem 36 Zentner schweren Kaffauro, das zudem noch mit 8 Personen belegt war, überfahren. Das Experiment, das der Artst, der bei dem Zirkus nicht engagiert ist, auf eigenes Risiko machte, wäre ihm beinahe zum Verhängnis geworden. Denn als die Vorderreihe bereits über den Artst hinweggegangen waren, rutschte das Anfahrtrill weg, das Auto blieb stehen, und das eine Hinterrad drehte sich bis zum Ende auf dem entblößten Rücken des Artsten. Das Publikum half dem Artsten auf die Beine, worauf er sich vom Wagnis zog. Einige Minuten später zeigte er sich jedoch wieder unversehrt dem Publikum, seine starke Muskulatur hatte ihn gerettet. — Der Artst, hatte für 98 Pfg., die er vorher unter den Zuschauern gesammelt hatte, sein Leben aufs Spiel gesetzt.

Oer (Harz). (Beim Holzabladen tödlich verunglückt.) Als der Fuhrwerksbesitzer A. Ahrens und ein Verwandter von ihm mit dem Abladen einer Fuhrer Holzgolg auf dem Bahnhof Oer beschäftigt waren, glitten beim Lösen der Kette einige Baumstämme vom Lager und stürzten auf die beiden Leute. Ahrens war nicht mehr zu retten, er war von den Stämmen so schwer getroffen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Geselle kam mit leichten Verletzungen davon.

Weltersdorf (R. Soran). Eine Autolizität aus dem Tierreich, die wohl einzig dasteh, wird hier seit kurzen beobachtet. Auf dem Felde eines Besitzers in Oerdorf hat ein Rehuhun sein Nest mit 18 Eiern. Nun wurde dort auch eine Fohlenhenne beobachtet, und es stellte sich heraus, daß diese ebenfalls in dasselbe Nest ihre Eier legt, und zwar 12 an der Zahl. Die beiden Mütter fangen an zu brüten und verließen sich sehr gut. Eine Zeit brütet der Fohlan, das Rehuhun ist verschwunden. Dann erscheint es wieder, der Fohlan verschwindet und das Rehuhun befolgt das Brutgeschäft weiter. So geht das schon längere Zeit und man darf auf die Weiterentwicklung gespannt sein. Das Rehuhun ist allerdings nicht in der Lage, alle 30 Eier ganz zu bebrüten.

Landeskirchliche Gemeinschaft.

Freitag abend 8 1/2 Uhr: Evangelisation im Gemeinschaftssaal.

Markt-Kalender.

21. Juni: Schweinemarkt in Linda.

RM. 5000 Bar Preise auf einen Kopf gesetzt!

Preise winken für 5 Minuten Kopferbrechen: Lassen Sie sich im Fachgeschäft kostenlos den erklärenden Prospekt „Kopf zerbrechen“ geben! Er ist gleichzeitig ein Wegweiser zu gesundem schönen Haardurch, „Haarglanz“, die Vervollkommnung moderner Haarpflege. „Haarglanz“ macht das Haar wundervoll glänzend, es

läßt sich leichter frisieren. Dauer-, Wasserwellen u. Ondulation halten besser und länger. „Haarglanz“ enthält keine fettenden Bestandteile und ist ärztlich empfohlen. „Haarglanz“ liegt jeder Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfg., grüne Extra-Packung und Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfg.

SCHWARZKOPF - HAARPFLEGE
vollkommen durch „Haarglanz“



Nachdem wir meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Emilie Lange

geb. Jerschen
welche im Alter von 88 Jahren nach langem, schweren Leben von uns gegangen ist, zur letzten Ruhe geleitet haben, drängt es uns allen denen, die uns bei ihrem Heimzuge herzlichste Anteilnahme erwiesen haben, innigen Dank zu sagen. Wir danken auch denen, die ihr in ihrem schwerem Leben beigestanden haben, sowie dem Eisenbahn-Verein für das Stellen der Träger. Bestenfalls danken wir noch Herrn Pfarrer Schrock für die trostreichsten Worte am Grabe unserer lieben Verstorbenen.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Annaburg, den 15. Juni 1932.

Ruhe sanft, du treues Mutterherz
Nun in dem stillen Grabe;
Siehst nicht der Kinder Trennungsschmerz,
Hörst nicht des Gatten Klage.
Stets einfach war dein Leben,
Du dachtest nicht an dich,
Nur für die Deinen streben,
Hieltst du für deine Pflicht.
Vorher ist dein Schmerz und Leiden,
Der lächelt jetzt nur Himmelsfreude.
So schlummre denn in sanftem Frieden,
Wir alle gehn dem Grabe zu,
Wer weiß, was uns noch trifft bledenen,
Wir flehn im Kampf und du hast Ruh.
Du gute Gattin heit's vollbracht,
Nun gute Mutter: Gute Nacht.

Große Auswahl in feinen und feinsten

Schokoladen und Pralinen!

Stets frische Sendungen!

Eine 100 g Zfl.	Vollmilch-Tirol	30 Pf.
" 100 g "	Senta-Nuß-Vollmilch	30 "
" 100 g "	Weser-Vollmilch	30 "
" 100 g "	Vollmilch-Pilatus	35 "
" 100 g "	Hauswald-Vollmilch	40 "
" 100 g "	Hansa-Vollmilch	50 "
" 100 g "	Igeha-Vollmilch	45 "
" 100 g "	Goldina-Vollrahm	50 "
" 100 g "	Schwertschlag-Vollm.	50 "
" 100 g "	Eidotter-Vollmilch	60 "
" 100 g "	Mokka-Halbbitter	40 "
" 100 g "	Weser-Fondant	30 "
" 100 g "	Bons	30 "
" 100 g "	Halbsüß-Extra	40 "
" 100 g "	Igeha-Herb	50 "
" 100 g "	Blaukron-Bitter	50 "
" 100 g "	Edelbitter (60% Kak.)	60 "
" 100 g "	Supra-Bitter (65% Kak.)	65 "
" 100 g "	Hansa-Nugat	55 "
" 100 g "	Arrak-Sahne-Trüffel	60 "

Sonder-Angebot!

1 Zfl. Vollmilch-Tirol	je 100 g	nur 95 Pf.
1 Zfl. Senta-Nuß		
1 Zfl. Weser-Vollmilch		
1 Zfl. Weser-Fondant		
1 Zfl. Vollmilch od. Halbbitter		nur 88 Pf.
1/2 Zfl. Hütchenpralinen		20 Pf.
1/2 Zfl. feine Krenpralinen		30 "
1/2 Zfl. feine Pralinen ohne Kren		40 "
Sportstangen, feine bittere Schokoladen	Karton 30 Pf.	
1/2 Zfl. feine Kuvertüre	60 Pf.	
1 Zfl. Zfl. Vollmilch-Nuß	1.20 Mk.	
Schokoladen in kl. Tafeln	von 10 Pf. an	

1/2 Zfl. Karton feine Pralinen	55 Pf.
1/2 Zfl. Karton Gädtko-Tosca	75 "
1/2 Zfl. Karton Parkzauber	75 "
1/2 Zfl. Karton Gädtko-Märchenland	1.- Mk.
1/2 Zfl. Karton Blumenmotiv	1.- Mk.
1/2 Zfl. Karton Teeroson	1.- Mk.
1/2 Zfl. Karton Nugatschnitte	1.- Mk.
1/2 Zfl. Kart. Himbeeren i. Weinbrand	1.25 Mk.
1/2 Zfl. Karton Schwarzwälder	
Kirschbohnen	1.25 Mk.
1/2 Zfl. Kart. Kaffee-Mischung	1.- Mk.
1/2 Zfl. Kart. Goldina-Fenerbohnen	2.- Mk.
1/2 Zfl. Kart. Goldina-Iris	2.40 Mk.

J. G. Fritzsche

Herabgesetzte Preise!

Del- und Wasser-Farben

werden in allen Farbmischungen auf Wunsch frischfertig hergestellt.
Schleimkreide, Gips, Firnis, Terpentinöl, Siccativ, Mattine und Lacke für alle Zwecke

Binsel

Deckenbürsten, Strichzieher, Annetzer, Sichelheim, Fußboden-Lackfarben, Emaille-Lackfarben und sonstige Maler-Bedarfsartikel

Fa. Th. Schunke Nachfolg.
Wittelsstraße 12.

So billig - und doch - so gut!

Tafel-Del	Fund 35 Pf.
Himbeerjakt	Fund 50 Pf.
Kirschjakt	Fund 54 Pf.

Vanille-Buddingpulver	hochfeine Qualität Pfd. nur	38 Pf.
Schokoladen-Buddingpulver	hochfeine Qualität Pfd. nur	58 Pf.

Bourbon-Vanille 3 Stangen 30 Pf.
„Kant“-Schokoladen 3 Tln. à 100 gr 67 Pf.
Fliegenjäger „Meraxon“ 7 Stk. 30 Pf.
5 Prozent Rabatt!

J. Kählig's Nachfolg.
Inhab.: Martha Müller, Mühlenstraße 40.

Durchschreibpapier

für Schreibmaschinen-Copien
in Quartformat, beste Qualität, 500 Blatt
1,50 RM. empfiehlt

Herm. Steinbeiß, Papierhdlg.



Für die Badezeit!

Bade-Anzüge
in Wolle und Baumwolle
Bade-Mäntel, Bade-Hosen
Bademützen, Badeschuhe
Bade-Tücher, Bade-Gürtel
in allen Größen für Damen,
Herren und Kinder

Emil Bortfeld

Starkstrom-Artikel!

Elektr. Glühbirnen in allen
Wattstärken, Starkstrom-
Sicherungen, Alle Elektro-
Ersatzteile, Elektr. Platten
und Plättenschnur

Schwachstrom!

Elektr. Klingel-Anlagen
Elektr. Voltmesser
Varta Akku-u. Säureprüfer
Akku-Säure u. Dest. Wasser
Pertrix-Anoden, 100 u. 120 Volt
Akku-Ladestation, 10% billiger
Gasglühstrümpfe (Wuertlich)

Auf alle Artikel 10% Preis-Ermäßigung!

Fritz Ködler,
Auto-Lohnfahren. Fernruf 253.

Oberhenden, Einsab-, Wochen-
end- und Nachhohenden
Herren-Nackko-Jacken und
Hosen
Damen- und Kinder-Strümpfe
in Seide, Flor und Wolschleide
Kinder-Säckchen von 25 Pf. an
Badelaken, Frottiertücher
Badeanzüge, Turnerhosen
und Jacken
Sebastian Schimmener.

Rechnungsformulare

in allen Größen fertig an
Herm. Steinbeiß, Buchdruckerei

Rebation, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Zeitgemäße Kleidung!

Zeitgemäße Preise!

Damen- und Kinder-Polobusen							
Gr. 30	32	34	36	38	40	42	44
0.70	0.80	0.90	1.-	1.10	1.25		

Herrenpolohemden lg. Arm blau u. zitrone 3.85

Knaben- u. Mädchenpullover ohne Arm

Gr. 1	2	3	4	5
1.-	1.15	1.30	1.45	1.60

Herren-Pullover ohne Arm

Gr. 5	6	7	8
1.25	1.75	2.-	2.-

Sport-Anzug 2teilig 21.75, Knickerbocker 6.-

Tennishosen von 4.90 an, Sportgürtel

Carl Quehl.

Lichtspielhaus

(Neue Welt)

Freitag, Sonnabend, Sonntag 8 1/2 Uhr:

Ufa bleibt Ufa!

Hien Meyers und Johannes Riemann

in dem großen Lustspiel: Ihr Sverchsell ununterbrochen attackieren.

„Sein Scheidungsgrund!“

Regie: Alfred Zeiser.

Humor, Wortwitz und Situationskomik feiern hier Triumphe. Die außergewöhnliche Fülle lustigster Ereignisse wird in diesem witzsprühenden, temperamentvollen und musikerfüllten Lustspiel Ihre Sverchsell ununterbrochen attackieren.

In weiteren Hauptrollen:

J. Falkenstein, Blaudine Ebinger, F. Hörbiger.

Dajos Béla und sein Orchester!

Im Vorprogramm:

5. Kabarett-Programm der Ufa.

Wunderwelt des Teiches.

Fahrräder, fertig montiert

mit Vorpedal-Freilauf von 49.50 RM. an

Nähmaschinen

Seidel & Raumann, versenktbar

von RM. 150.- an

Preiswerte Fahrraddecken

im ältesten Fachgeschäft am Plage

Herm. Meyer sen.

Zorgauer Straße 7

Schnupftabak

„Goldfarb“

sowie Kautabak
empfehlen
Louis Hofmann.

Schwerttücher

in guter Qualität zu ver-
schiedenen Preislagen.

J. G. Fritzsche.

Farben
Firniss
Lacke
Pinsel
Schablonen
kauft man am billigsten
und in bester Qualität
mit bei

J. Kählig's Nachf.

Inh.: Martha Müller, Mühlenstr. 40.

Braun-Gelmir!

Einlegetöpfe, Mastöpfe,
Gürtel, Kaffeestannen,
Rüchsenformen, Reibe-
satten, Gänsefüßen, Ra-
zinnhennäpfe usw. sowie
Porzellan-, Glas- und
Steingutwaren empfiehlt
Wehle, Feldstr. 3.

1 Unterwohnung

zu vermieten.
Hinterstraße 5.

Freundliche Unter-Wohnung

preiswert zu vermieten.
Gärtnerstraße 8.

1 Oberwohnung

sofort zu vermieten.
Herzbergerstraße 5.

Haus-Grundstück

mit Stall und Garten in
Jessen, Ludwig-Holzstraße,
gegen Kasse sofort zu ver-
kaufen. Auskunft bei
Paul Zeisig,
Jessen.

Grasverpachtung

von 20 Morgen Wiese
in Burgzin am Sonntag,
d. 19. Juni, 3 Uhr nach-
mittags, zuerst in der Ein-
staltung, folgend in der Stein-
lage.
P. Trog, Jessen.

Vestellungen auf Britetts

nimmt jederzeit entgegen.
Otto Scheibe.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgelegt.

Besellungen nehmen alle Postanstalten und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle des Verlegers entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Belegenteil 30 Goldpfennig, einsch. Umrahmung. Sonntags und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. halle.

Nr. 72.

Donnerstag, den 16. Juni 1932.

35. Jahrg.

Die Finanz-Notverordnung unterzeichnet.

Berlin, 15. Juni. Der Reichspräsident v. Hindenburg hat gestern nachmittag die erste Notverordnung der Regierung v. Papen unterzeichnet.

Welche Lasten bringt die neue Notverordnung?

Wir bringen im folgenden eine ganz kurze Übersicht über die neuen Belastungen, die in der jüngsten Notverordnung vorgehoben sind.

1. Rentenführungen.

Die laufenden Invaliden- und Angestelltenrenten werden ab 1. Juli um 6 Mark monatlich, die Witwenrenten um 5 Mark und die Waisenrenten um 4 Mark erhöht. Bei neuen Renten wird der Grundbetrag um monatlich 7 Mark erhöht, der Kinderzuschlag um 2,50 Mark. Die Witwenrenten werden von sechs Jahren auf fünf Jahre und die Waisenrente von fünf auf vier Jahre herabgesetzt.

Die Unfallrenten werden um 7/8 bis zu 15 Prozent erhöht. Die Renten der kriegsbeschädigten werden so erhöht wie bisher schon die Renten der kriegsbeschädigten mit Kindern. Die Kinderzulagen und Waisenrenten werden grundsätzlich — mit gewissen Ausnahmen — nur noch bis zum 15. Lebensjahr des Kindes gewährt.

2. Die neuen Steuern.

Alle Lohn- und Gehaltsempfänger, alle Beamten und Pensionäre müssen eine Sonderabgabe für die Arbeitslosensteuer bezahlen. Das ist die sogenannte Beschäftigtensteuer. Die Abgabe wird vom 1. Juli ab erhoben und soll vorläufig bis zum Mai 1933 bleiben. Die Abgabe wird vom Bruttoeinkommen errechnet, wie bisher die Kräftesteuer.

Bei den Lohn- und Gehaltsempfängern beträgt diese Abgabe vom Monateinkommen gerechnet:

bis 125 Mark	1,5 Prozent
bis 300 Mark	2,5 Prozent
von 300 bis 3000 Mark	5,75 Prozent
über 3000 Mark	6,5 Prozent

Bei den Einkommen zwischen 300 und 700 Mark werden von den ersten 300 Mark nur 2,5 Prozent erhoben, von den restlichen 400 Mark 5,75 Prozent, die Einkommen von 700 bis 3000 Mark müssen vom Gesamteinkommen 5,75 Prozent bezahlen.

Die bisherige Kräftesteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger fällt ab 1. Juli weg.

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder und der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts müssen als Arbeitslosenabgabe einehalb Prozent ihres Einkommens bezahlen.

Der Einzug dieser Steuer erfolgt bei den Versicherungsobligierten durch die Krankenkassen, bei den übrigen Lohn- und Gehaltsempfängern durch Einbehaltung des Betrages durch den Arbeitgeber.

Die Kräftesteuer der veranlagungspflichtigen Steuerzahler, also der selbständigen Berufstätigen in Handwerk, Handel und Gewerbe und in den freien Berufen bleibt bestehen, und weiterhin wird außer der für Oktober dieses Jahres vorgesehenen Rate im Januar 1933 noch eine neue Rate Kräftesteuer erhoben.

Die Bürgersteuer in den Ländern darf im Laufe dieses Etatsjahres nicht wie vorgesehen verdoppelt werden, sie darf erst wieder im nächsten Jahr erhoben werden.

3. Kürzung der Unterstützungen.

In der Arbeitslosenversicherung werden die Unterstützungen um durchschnittlich 28 Prozent gesenkt und nach leistungswürdiger Unterfertigungsbauer wird die Bedürftigkeit geprüft. Sechs Wochen lang wird die Unterfertigung ohne Prüfung der Bedürftigkeit gewährt.

In der Kräftesteuer wird künftig die Bedürftigkeit von Anfang an geprüft, außerdem werden die Einkommen um 10 Prozent gesenkt. Die Kräfteunterfertigung darf künftig nicht mehr höher sein als die Wohlfahrtsunterfertigung.

In der Wohlfahrtsunterfertigung werden die Leistungen um durchschnittlich 15 Prozent gekürzt.

Weitere Belastungen.

Von jedem Kilogramm Salz wird eine Abgabe von 12 Pfennig erhoben.

Zur Verringerung rückständiger Kirchensteuern wird das gesamte Einkommen als Maßstab erklärt. Im übrigen wird der nichtpfändbare Einkommensteil von 195 auf 165 Mark im Monat herabgesetzt, 165 Mark Monateinkommen bleiben also auf jeden Fall vom Zugriff des Gerichtsvollziehers frei. Bisher waren es 195 Mark.

Aufhebung der 5000-Mark-Freigrenze in der Umsatzsteuer. Es sind also auch alle Betriebe mit unter 5000 Mark Jahresumsatz umsatzsteuerpflichtig. Das bringt besonders für die Landwirtenschaft und für das Handwerk neue Belastungen.

Sonstige Bestimmungen.

Zur Vereinfachung im Gerichtswesen wird bestimmt, daß künftig in Strafsachen gegen ein Urteil des Amtsrichters oder des Schöffengerichts nur noch eine weitere Instanz angereufen werden kann, nicht mehr wie bisher zwei.

Die einjährige Einleitung der Zwangsversteigerung, die bisher nur einmal auf die Dauer von sechs Monaten möglich war, kann künftig auf ein weiteres halbes Jahr verlängert werden.

Die Rechnung des Reichsfinanzministers.

Zur Begründung der schweren Belastungen, die die neue Reichsregierung mit ihrer Notverordnung dem Volke zumutet, hat der Reichsfinanzminister vor der Presse über die Lage der Reichsfinanzen gesprochen. Er betonte dabei, die neue Belastung sei hauptsächlich erforderlich, um den Gemeinden und den Sozialversicherungen die Mittel zur Auszahlung ihrer Unterstützungen zu sichern. Von den 6000 Millionen Ausgaben des Reichs entfallen nun ein Viertel auf soziale Zwecke, genau 1384 Millionen Mark. Bei ihrer Ausgabe- und Einnahmedeckung geht die Reichsregierung von der Annahme aus, daß sie im laufenden Jahr mit einer Durchschnittszahl von rund 6 Millionen Arbeitslosen rechnen muß.

Nach den bisherigen Unterstützungsätzen wären zum Unterhalt dieser 6 Millionen rund 3500 Millionen M. i. Z. notwendig gewesen. Nach der Rechnung des Reichsfinanzministers sei es aber nicht möglich, mehr als 3000 Millionen für diese Zwecke aufzubringen; im letzten Jahr wurden rund 3000 Millionen für Unterstützungen ausgegahlt. Es sei nicht möglich, nach der allgemeinen Verschlechterung der Lage, im Jahr 1932 mehr aufzubringen als 1931. Es müssen also 500 Millionen eingespart werden. Dies geschieht durch die Kürzung der Unterstützungsätze. Die noch verbleibenden 3000 Millionen werden aufgebracht einmal durch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (1083 Millionen), dann durch die Zuschüsse der Gemeinden (680 Millionen), dann durch einen Zuschuß aus der Reichskasse in Höhe von 867 Millionen. Die nun noch fehlenden 400 Millionen Mark sollen durch die Beschäftigtensteuer bereitgestellt werden.

Die Notverordnung fordert von den Gemeinden eine härtere Sparpolitik in den Ausgaben und unterlegt den Ländern, die Gemeinden ihrerseits irgendwie neu zu belasten. Zur Begründung der Neubelastung in der Umsatzsteuer sagt der Reichsfinanzminister, es hätte sich gezeigt, daß sehr viele Betriebe ihre Umsatzsteuerpflichtigkeit so einrichten, daß sie innerhalb der Freigrenze bleiben. Dadurch seien der Reichskasse etwa 120 bis 150 Millionen verlorengegangen. Diese Summe will der Reichsfinanzminister durch die Aufhebung der Freigrenze heranholen.

Die Politische Notverordnung unterzeichnet

Reichspräsident von Hindenburg hat gestern die politische Notverordnung der Regierung von Papen unterzeichnet, durch die das von Groener ausgesprochene Verbot der S. W. aufgehoben wird. Die Verordnung enthält auch Bestimmungen, die sich gegen das Uniformverbot richten. Die Verordnung wird heute veröffentlicht werden und erscheint im Reichsgesetzblatt; am morgigen Freitag tritt sie in Kraft.

Keine neuen Steuern mehr!

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der neuen Notverordnung hat die Reichsregierung eine Kundgebung an das deutsche Volk gehalten, in der u. a. gesagt wird:

Die Reichsregierung hat bei ihrem Amtsantritt den Willen bekundet, die soziale, finanzielle und wirtschaftliche Not Deutschlands durch organische neue aufbauende Maßnahmen zu bekämpfen. Die Bilanz, die die Regierung vorgebracht hat, zeigt, daß sie als ersten Schritt die Not durch die Einnahme ihres eigentlichen Programms die Kräftefrage von Reich, Ländern und Gemeinden vorläufig zu sichern und die sozialen Verhältnisse vor dem tatsächlichen drohenden Zusammenbruch zu retten. Würden diese notwendigen und unauflösbaren Voraussetzungen nicht erfüllt, so sind alle weiteren Maßnahmen von Anfang an in Frage gestellt.

Für die ersten Notmaßnahmen hat die Regierung an die Vorbereitungen anknüpfen müssen, die schon das vorige Kabinett getroffen hatte. Da diese Maßnahmen jedoch nicht ausreichen, die Kräfte und Finanzen zu sichern, ist die Reichsregierung genötigt, über sie hinauszuweichen. Es sind infolgedessen weitere Schritte im Reichshaushalt sowie in allen öffentlichen Ausgaben beschlossen worden. Es muß von der Ausgabe Seite her verhandelt werden, eine Gesundung der Kassen-Finanzlage herbeizuführen. Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß Steuererhöhungen nicht zur Verbesserung, sondern zur Verschlechterung der Einnahmen führen. Es bleibt eine der wichtigsten Aufgaben, den gesamten Verwaltungsapparat Deutschlands weiter zu verbilligen. Das bringt zwangsläufig scharfe Einschränkungen auf dem Gebiet der Sozialversicherungen mit sich, deren Erhaltung auf dem Spiele steht.

Es ist eine schicksalhafte Entscheidung, daß es heute noch einen halben Jahrhundert seit Beginn der sozialen Bewegung nicht mehr um die Größe der sozialen Leistungen geht, sondern um ihre Existenz. Wenn die Reichsregierung heute zunächst den dringenden Erfordernissen der Stunde nachkommt, so betont sie, daß sie nicht die Absicht hat, den Weg einer Erstickung neuer Einnahmegeräten in Zukunft weiter zu beschreiten. Ihr Ziel ist, die deutsche Wirtschaft vernunftgemäß unter Ausschaltung künstlicher Experimente neu zu beleben. Sie wird deshalb mit den notwendigen Maßnahmen nicht zögern, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Reichsregierung hat die Absicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Reichsregierung hat die Absicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Reichsregierung hat die Absicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Reichsregierung hat die Absicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Reichsregierung hat die Absicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Reichsregierung hat die Absicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Reichsregierung hat die Absicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Reichsregierung hat die Absicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Reichsregierung hat die Absicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Reichsregierung hat die Absicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Reichsregierung hat die Absicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Reichsregierung hat die Absicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

